

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag des C. Meck'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
die einpaltige Zeile
über deren Raum 20 g
anfechtlich des Bezirkes
22 g bei Auskunftsverlei-
hung durch die Geschäfts-
stelle 30 g extra.
Reklame: Zeile 50 g
Bei größeren Aufträgen
entsprech. Rabatt, der in
Falle des Mahnverfahrens
hinzufließt wird.

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vorm.
Fernsprecher Nr. 4.
für telef. Aufträge wird
Feinerei Gewähr über-
nommen.

Nr. 131.

Neuenbürg, Dienstag den 10. Juni 1919.

77. Jahrgang.

Deutschland.

Karlruhe, 7. Juni. Dem badischen Landtag wird demnächst ein 5. Nachtrag zum Staatsvoranschlag unterbreitet, in welchem der Betrag von 25 Millionen Mark angefordert wird, um die Gehälter der Beamten der Staatsverwaltung in der gleichen Weise anzubessern, wie das bei dem Eisenbahnpersonal geschehen ist. Außerdem werden weitere 25 Millionen Mark für Aufwendungen der Arbeiterärzte, der Volkswachen usw. verlangt. Um diese Mehraufwendungen zu decken, müssen neue Steuerquellen erschlossen werden.

München, 7. Juni. Die Belohnung für die Ergreifung des Spartakistenführers Levis ist von 10000 auf 30000 Mark erhöht worden. Der ehemalige Polizeipräsident Karl Ebert, der in den ersten Tagen des Umsturzes festgesetzt worden war, ist jetzt in Neuditing verhaftet worden. Ferner wurde in Rotenhall der ehemalige Bahnhofs-Kommandant Welsch festgenommen.

München, 6. Juni. Die Auflösung der Münchner Garnison ist so gut wie durchgeführt. Die Kasernen sind teilweise in trostlosem Zustand. Der Spartakistenführer Julius Toller hat sich bei seiner Vernehmung darauf berufen, daß die Entstehung der ersten Räterepublik im wesentlichen auf die Mehrheitssozialisten zurückgehe. Die Unabhängigen hätten nur widerwillig mitgetan. Mit der planlosen Verletzung von Weiseln sei er nicht einverstanden gewesen. Der angeordnete Ausstand der Münchner Gemeindebeamten und Arbeiter scheint nach der Post beigelegt zu sein, da die Forderung gütlich geregelt werden soll.

Frankfurt, 7. Juni. In politischen Kreisen verlautet, daß der Reichswirtschaftsminister Wiffel sein Abschiedsgesuch eingereicht habe. Der Schritt des Reichswirtschaftsministers würde, wenn er sich bewahrheiten sollte, in Verbindung zu bringen sein mit der von ihm verantwortlich gezeichneten deutschen Denkschrift über die Planwirtschaft.

Weimar, 6. Juni. Der Weimarer Landtag nahm mit 33 gegen 8 Stimmen den Zusammenschluß der thüringischen Staaten an.

Berlin, 7. Juni. Die konservative „Deutsche Zeitung“ ist bis auf weiteres verboten worden, wegen eines Artikels „Der Worte sind genug gewechselt“. Für das Verbot war vor allem ein Abschnitt maßgebend, in dem ausgeführt wurde, daß aus dem deutschen Osten eine Wiedergeburt des Reiches kommen müsse. Der deutsche Osten werde sich nicht unterwerfen, sondern es darauf ankommen lassen, ob die deutsche Regierung ihn zur Unterwerfung zwingen würde.

Berlin, 7. Juni. Eine auffällige Neurosität der Regierung stellt die „Tägl. Rundschau“ fest. Sie bemerkt: Die Unabhängigen und die Spartakisten entfalten eine wilde Aktion, um die Regierung einzuschüchtern und womöglich ihre politischen Ziele im gegenwärtigen Augenblick durchzusetzen. Denn wenn die Unabhängigen auch wiederholt erklärt haben, sie würden der mehrheitssozialistischen Regierung die Verantwortung für den Frieden nicht abnehmen, so ist eine solche Erklärung nicht aus, daß nach wie vor am Burse der Regierung Ebert-Scheidemann zum Zwecke der Aufrichtung der Diktatur des Proletariats gearbeitet wird. Die Erklärung des Generalstreiks am gestrigen Nachmittag war ein solches Druckmittel, um der Regierung zu beweisen, daß die Unabhängigen und die Kommunisten die Mehrheit der Arbeiterschaft hinter sich haben. Die Regierung ist deshalb auch schon dabei, Konzessionen zu machen, indem sie Front gegen Rechts nimmt.

Hannover, 7. Juni. Am 6. d. Mts. versuchten etwa 20 Personen, teils in Zivil, teils in Uniform, das am Waterloo-Platz befindliche Militärarresthaus zu stürmen und die Insassen zu befreien. Die Angreifer waren mit Wurfschrapnell, Handgranaten und Revolvern ausgerüstet. Durch die Wachsamkeit der Militärpolizei wurde indessen der Angriff vereitelt. Das gleiche Schicksal erlitt ein zweiter Angriffsvorstoß, der in der Nacht um 2 Uhr erfolgte. Leider gelang es in der Dunkelheit nicht, der Angreifer habhaft zu werden. Die Angreifer bezweckten, jene Personen, welche ursprünglich des vor einiger Zeit erfolgten sozialistischen Anschlages im Militärgefängnis festgesetzt worden waren, zu befreien.

Zu den Ereignissen am Rhein.

Darmstadt, 7. Juni. Die hessische Regierung hat an den französischen Oberbefehlshaber, General Mangin in Mainz, folgende Note gerichtet:

Mainzer Bürger, die anlässlich des Streiks verhaftet wurden, sind jetzt ausgewiesen und von französischen Offizieren bei dem Verhöre mitleidig mißhandelt und perßönlich bedrückt worden. Gegen dieses Verfahren protestiere ich im Namen der Menschlichkeit. Falls Sie, Herr General, die Tatsachen festzustellen geneigt sind, bin ich bereit, die Namen

der Mißhandelten und Beleidigten zu Ihrer Kenntnis zu bringen. Gegen die Ausweisung von Bürgern aus ihrer Heimat lege ich Verwahrung ein, da sie lediglich als Patrioten gehandelt haben und dafür die Anerkennung unserer Volksgenossen verdienen.

Frankfurt a. M., 7. Juni. Das preussische Ministerium des Innern hat heute bei sämtlichen hiesigen amtlichen Stellen die Nachricht verbreiten lassen, daß gegen den bisherigen Präsidenten der rheinischen Republik, Dr. Doeten, ein Haftbefehl erlassen worden ist.

Berlin, 7. Juni. Um festzustellen, ob durch die augenblicklichen Ereignisse in der Pfalz die Waffenstillstandsfrage berührt wird, hat der Vorsitzende der deutschen Kommission in Spa die französische Kommission ersucht, einem Mitglied der deutschen Waffenstillstandskommission eine Informationsreise nach der Pfalz zu gestatten. Die Franzosen haben dieses Ersuchen am 4. Juni abgelehnt.

Paris, 6. Juni. Die Engländer und Amerikaner haben Deutschlands Forderung auf Auslieferung der Hochverräter abgelehnt und erkennen nur die neue Regierung der Rheinlande an.

Ausland.

Wien, 7. Juni. Feldmarschallleutnant Boog suchte um seine Veretzung in den Ruhestand nach. In seinem Rücktrittsgesuch heißt es, er halte bei dem geringen Stand der deutsch-österreichischen Wehrmacht, der in Paris vorgegriffen worden sei, den Posten eines Oberbefehlshabers für überflüssig.

Innsbruck, 7. Juni. Eine massenhaft besuchte allgemeine Wählerversammlung der „deutschen freiheitlichen Partei Tirols“ hat eine Entschliegung gegen die Friedensbedingungen angenommen, durch die auch Nordtirol zu einem lebensunfähigen Gebilde und zum Spielball romanischer Hinterlist gemacht würden. Die Entschliegung verbietet jede Preisgabe deutschen Bodens und die Scheidung Deutsch-Österreichs vom deutschen Mutterlande. Sie fordert die Verteidigung alles deutschen Wesens und Bodens bis zum äußersten.

Prag, 7. Juni. Die „Pravda“ meldet, daß eine bulgarische Abordnung, bestehend aus dem Ministerpräsidenten Beshow, dem Abgeordneten Volanow und Hauptmann Platar, nach Amerika abgereist ist. Vor der Abreise erklärte Beshow, Bulgarien sei bereit, jeden Friedensvertrag zu unterzeichnen, den die Entente als berechtigt ansetzt. Die 14 Punkte Wilsons garantieren einen gerechten Frieden, der auf dem Balkan alle Kriegsurachen ausschließt.

Haag, 7. Juni. Eine holländische Agentur berichtet, daß der Rat der Vier beschlossen hat, amtlich keinerlei Notiz von der Proklamierung der Rheinrepublik zu nehmen, da der Rat sich auf den Standpunkt stellt, daß dies eine interne deutsche Angelegenheit ist. General Mangin hat gestern an den Bürgermeister Dr. Kälb in Mainz eine Erklärung gerichtet, die letzten Endes das Schicksal der rheinischen Republik besiegeln dürfte. Darnach wird die französische Armee in Sachen der rheinischen Republik gegenüber den Anhängern und Gegnern die absolute Neutralität einhalten. Lediglich gegen Kundgebungen, die die öffentliche Ruhe und Ordnung stören können, wird eingeschritten werden. Es ist wohl anzunehmen, daß Mangin auf Weisung aus Paris seine Haltung so ändert.

Paris, 7. Juni. In einer Besprechung zwischen den Vertretern der Bergwerksgesellschaften des Nordens und dem Bas de Calais, sowie den Arbeitervertretern kam es zu einer Einigung, durch die der Streik beendet wurde. — Ein von der französischen Zensur gestrichener Artikel der „Humanité“ trägt die Überschrift: „Was ist in Toulouse vorgegangen?“ — Nach dem „Berliner Tageblatt“ verlautet jetzt, daß am Sonntagabend ein Regiment des 17. Armeekorps gemutert habe, weil es zur Weichung des linken Rheinufers nach Mainz befördert werden sollte.

London, 6. Juni. Das Unterhaus hat mit 187 zu 34 Stimmen eine Entschliegung zur sofortigen Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses angenommen zur Einigung eines Planes bundesstaatlicher Entwicklung, nach welchem innerhalb des Rahmens des Vereinigten Königreichs untergeordnete geschöpfende Körperschaften für Wales, Schottland, Irland und England geschaffen werden sollen.

Skutari, 6. Juni. Die albanische Zeitung „Kuvendi“ berichtet aus Skutari, daß sich in Jpek die Bevölkerung gegen die serbische Herrschaft erhoben hat. Zahlreiche bewaffnete Albaner und Montenegriner haben 200 serbische Soldaten umzingelt und getötet. Dabei erbeuteten sie zahlreiche Geschosse. Auch in Diacova wird eine Erhebung gegen die serbische Besatzung befürchtet.

Englische Soldatenräte in Ägypten.

Amsterdam, 6. Juni. „Daily Herald“ meldet unter dem 4. Juni, daß verlässigen Nachrichten zufolge, die dortigen

britischen Expeditionskräfte, nachdem ihre Forderungen von Seiten des Kriegsamtes unberücksichtigt geblieben seien, die Angelegenheit selbst in die Hand genommen hätten, um die Ausführung der feierlich gegebenen Versprechen bezüglich der Demobilisierung zu erzwingen und Soldatenräte bilden. In der Unterhausführung vom 3. Juni fragte der Arbeitervertreter William Lunn den Staatssekretär für den Krieg, ob ihm bekannt sei, daß unter den Truppen in Ägypten Soldatenräte gebildet worden seien, daß in Kantara solche Körperschaften beschlossen, welche Rechte und Stropagen zugelassen seien, daß das Artillerieregiment in Kairo am 12. Mai in den Ausstand getreten sei und ein Munitionslagerplatz in Brand gesteckt wurde, ob ihm außerdem bekannt sei, daß eine Massensammlung der Truppen am 13. Mai in Kairo stattfand, um gegen die zwangsweise Zurückhaltung von Soldaten zu protestieren, die freiwillig in den Militärdienst eingetreten seien, daß ein allgemeiner Ausstand der in Ägypten Dienenden drohe und ob der Staatssekretär sein äußerstes tun werde, um durch Beschleunigung der Demobilisierung die Unruhen zu beschwichtigen. Der Staatssekretär hat, daß diese Fragen auf den folgenden Tag verschoben werden.

Zu den Verhandlungen in Versailles.

Zugeständnisse der Entente.

Frankfurt, 7. Juni. Der Korrespondent des „Corriere della Sera“ bei der Friedenskonferenz hat nach der letzten Sitzung des Rates der Vier den Eindruck gewonnen, daß der Verband einwillige, in Oberösterreich eine Volksabstimmung über die Staatszugehörigkeit vorzunehmen zu lassen, daß er ferner über die Dauer und den Umfang der militärischen Besatzung an der Westgrenze zu Konzessionen bereit sei, und endlich auch die Wartezeit für die Zulassung Deutschlands zum Völkerverbund erheblich abzukürzen geneigt sei.

Eintritt in den Meinungs-austausch!

Rotterdam, 7. Juni. Eine Reuterspeiche meldet heute aus Paris: Die Alliiertenkonferenz beschloß, in den Meinungs-austausch über die deutschen Gegenvorschläge einzutreten.

Italien gegen den Versailler Vertrag.

Lugano, 7. Juni. „Corriere della Sera“ schreibt: Wir möchten, daß bekannt wird, daß die italienische Abordnung klar für eine Revision des Versailler Vertrages eintritt, daß dies der Wunsch des italienischen Volkes in seiner Gesamtheit ist. Alle parlamentarischen Gruppen sowie die Presse wenden sich in Italien gegen den Versailler Friedensvertrag. Es wäre aber ein unvorzeihlicher Leichtsin, wenn man diese Erscheinung als eine Sache für die schlechte Verhandlung Italiens von Seiten der Alliierten auslegen wollte.

Antwahrungen über die Entente-Antwort.

Genève, 6. Juni. „Journal de Genève“ erklärt, daß die Ententeantwort auf die deutschen Gegenvorschläge nicht lediglich ablehnend sein werde. Die Entente habe ein wirkliches Interesse an der Unterzeichnung des Friedens, auch wenn gewisse Zugeständnisse nötig seien. Der Gedanke, daß Deutschland für den Wiederaufbau Frankreichs nötig sei, breitet sich immer mehr aus und die Notwendigkeit, den Frieden selbst um den Preis unermesslicher Opfer zu schließen, nehme immer deutlichere Gestalt an.

Paris, 6. Juni. Sowie man jetzt sagen kann, wird die Antwort des Vierertrats auf die deutschen Gegenvorschläge in erster Linie die deutsche These von der Verletzung der 14 Punkte Wilsons ablehnen, indem sie auf Grund der alliierten Proklamationen des letzten Vierteljahres des Krieges festsetzte, daß die Alliierten ihren Beschluß bekräftigen, Entschädigung zu verlangen, die Wiederherstellung Polens zu fordern usw. Die Antwort erklärt dann der deutschen Delegation, daß die Diskussion endgültig geschlossen ist und daß ihr eine Frist von mindestens drei, höchstens fünf Tagen gewährt wird, um ihre Zustimmung zum Friedensvertrag zu geben oder sie zu verweigern. Graf Brockdorff-Rantzau wird sofort nach Berlin abreisen, zusammen mit seinen Kollegen von der deutschen Delegation und sich mit Scheidemann besprechen. Er wird nach Versailles zurückkehren, wenn er unterzeichnen muß, oder wird von Berlin aus mitteilen, daß die deutsche Regierung den Friedensvertrag ablehnt. Man sieht jedoch nicht ein, welches Interesse die Deutschen an einer Verweigerung der Unterzeichnung haben, für welchen Fall übrigens alle Gegenmaßnahmen von der Obersten Heeresleitung und von Marschall Foch ins Auge gefaßt sind. — Der „Zürcher Tagesanz.“ erfährt von besonderer Seite, die Franzosen beabsichtigen, falls Deutschland den Friedensvertrag nicht unterzeichnet, die ganze Rheinlinie längs der Schweizer Grenze zu besetzen, um so die Schweiz von Deutschland abzusperrern.

1910, 25 Pfund Fleisch, 26 Stück Rauchfleisch, darunter 13 Schinken, 1 1/2 Zentner Erbsen, 30 Pfund Linsen, 70 Pfund Bohnen, 3 Zentner Weismehl, 2 Zentner Teigwaren, 80 Pfund Weismehl, 12 Pfund Butter, 2 1/2 Zentner Kernöl. Die Lebensmittel wurden dem zuständigen Kommunalverwalter zugewiesen; der Hotelinhaber sieht seiner Bestrafung entgegen.

1910, 25 Pfund Fleisch, 26 Stück Rauchfleisch, darunter 13 Schinken, 1 1/2 Zentner Erbsen, 30 Pfund Linsen, 70 Pfund Bohnen, 3 Zentner Weismehl, 2 Zentner Teigwaren, 80 Pfund Weismehl, 12 Pfund Butter, 2 1/2 Zentner Kernöl. Die Lebensmittel wurden dem zuständigen Kommunalverwalter zugewiesen; der Hotelinhaber sieht seiner Bestrafung entgegen.

1910, 25 Pfund Fleisch, 26 Stück Rauchfleisch, darunter 13 Schinken, 1 1/2 Zentner Erbsen, 30 Pfund Linsen, 70 Pfund Bohnen, 3 Zentner Weismehl, 2 Zentner Teigwaren, 80 Pfund Weismehl, 12 Pfund Butter, 2 1/2 Zentner Kernöl. Die Lebensmittel wurden dem zuständigen Kommunalverwalter zugewiesen; der Hotelinhaber sieht seiner Bestrafung entgegen.

1910, 25 Pfund Fleisch, 26 Stück Rauchfleisch, darunter 13 Schinken, 1 1/2 Zentner Erbsen, 30 Pfund Linsen, 70 Pfund Bohnen, 3 Zentner Weismehl, 2 Zentner Teigwaren, 80 Pfund Weismehl, 12 Pfund Butter, 2 1/2 Zentner Kernöl. Die Lebensmittel wurden dem zuständigen Kommunalverwalter zugewiesen; der Hotelinhaber sieht seiner Bestrafung entgegen.

1910, 25 Pfund Fleisch, 26 Stück Rauchfleisch, darunter 13 Schinken, 1 1/2 Zentner Erbsen, 30 Pfund Linsen, 70 Pfund Bohnen, 3 Zentner Weismehl, 2 Zentner Teigwaren, 80 Pfund Weismehl, 12 Pfund Butter, 2 1/2 Zentner Kernöl. Die Lebensmittel wurden dem zuständigen Kommunalverwalter zugewiesen; der Hotelinhaber sieht seiner Bestrafung entgegen.

1910, 25 Pfund Fleisch, 26 Stück Rauchfleisch, darunter 13 Schinken, 1 1/2 Zentner Erbsen, 30 Pfund Linsen, 70 Pfund Bohnen, 3 Zentner Weismehl, 2 Zentner Teigwaren, 80 Pfund Weismehl, 12 Pfund Butter, 2 1/2 Zentner Kernöl. Die Lebensmittel wurden dem zuständigen Kommunalverwalter zugewiesen; der Hotelinhaber sieht seiner Bestrafung entgegen.

hatte, wurde von Ausflüglern abgeschossen. Als die Störchin den Verlust ihres „Gemahls“ bemerkte, warf sie ihre drei Jungen aus dem Nest und verließ den Ort.

Konstanz, 6. Juni. Beim Verschleiden von Vermögen nach der Schweiz wurde ein Genauer Kaufmann erstarpt. Seine Frau hält sich zur Erholung in der Schweiz auf. Er unternahm, um sie zu besuchen, eine Reise dorthin. An der Zollgrenze wurde sein Gepäck untersucht und ihm auch eine große Blutwurst zerschneitten, in der man ein Vermögen, bestehend in Diamanten, vorfand. Der Kaufmann wurde nicht über die Grenze gelassen und mußte seinen Schatz wieder heimbringen.

Neueste Nachrichten.

Ludwigshafen am See, 10. Juni. Hier wurden am letzten Freitag 2 Pfund Butter für 67 Mark verkauft. Die Verkäufer Vater und Sohn, von denen jeder die Schuld auf den anderen schiebt, wurden ins Anstaltsgefängnis Stodach eingeliefert.

Dösch a. M., 9. Juni. Landrat Dr. Klausner, Oberbürgermeister Dr. Janke und Beigeordneter Haag haben am Samstag nachmittag vom Militärverwalter Rene Altmeper Urlaub auf unbestimmte Zeit erhalten mit der Weisung, höchst a. M. binnen 43 Stunden zu verlaufen.

Bamberg, 10. Juni. In der vorletzten Nacht machten Sozialisten Angriffe auf Wachposten der Bürgerwehr. Auch auf die Residenz wurde ein Handgranatenangriff verübt, der erfolglos blieb. Unter den in den letzten Tagen Verhafteten befindet sich auch der langgesuchte Feldwebel Markuse.

Berlin, 7. Juni. Der Staatsauschuss hat den Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Staatsgerichtshofes angenommen. Der Entwurf umfaßt 15 Paragraphen. Die Berliner Kommunisten planen für den kommenden Freitag einen neuen Generalstreik anlässlich der Bestattung der Frau Luxemburg. Sie fordern „die Arbeiter der ganzen Welt“ zur Beteiligung auf.

Berlin, 9. Juni. Die Lieferung von Lebensmitteln aus Norwegen, und zwar 10000 Tonnen Speisefett und 750000 Hühner für zusammen 80 Millionen Kronen ist gesichert. Der Kaufpreis wird auf zweieinhalb Jahre gestundet. Dadurch wird der Preis der Waren niedriger gehalten werden können, als bei sofortiger Zahlung. Den Friedenswert der norwegischen Krone angenommen, stellt sich ein Pfund Speisefett auf 1,84 Mark, wozu noch Transportkosten kommen, ein Hering auf 13 Pfg. zuzüglich Unkosten.

Berlin, 10. Juni. Im Krankenhaus zu Prenzlau starb am Pfingstamstag, laut „Berl. Tageblatt“, an den Folgen einer Operation der Großadmiral und Chef a. D. Hennig v. Holtzendorf. Während des Weltkrieges übernahm er das Amt des Chefs des Admiralstabs der Marine, welchen Posten er bis zum 1. August 1918 inne hatte.

Berlin, 10. Juni. Nachdem in letzter Zeit wiederholt Anschläge auf Artilleriedepots und militärische Posten und Anlagen von Marienburg verübt wurden, ist durch den kommandierenden General des 17. Armeekorps über den Kreis Marienburg der Belagerungszustand verhängt worden.

Berlin, 10. Juni. Die Streikbewegung in Italien nimmt einen immer bedrohlicheren Umfang an. Seit dem 7. Juni herrscht in Neapel, Stadt und Land, der Generalstreik aller Kategorien. Auch die Bäderregion und die städtischen Arbeiter der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke streiken.

Meß, 9. Juni. Eine Vereinigung von 400 Saarbewohnern in Elßah-Lothringen wurde am Samstag gegründet. Sie verlangt, daß die Saarregion zu Frankreich zurückkehren müsse. Die Vereinigung wird in ganz Elßah-Lothringen Ortsausgänge gründen und im ganzen Saargebiet eine rührige Propaganda entfalten. (Zweifellos sind französische Einflüsse im Spiel. Schriftl.)

Paris, 9. Juni. Barenne schreibt in der „Heure“, die französischen Generale hätten schwere Fehler begangen, indem sie sich in innerpolitische Fragen Deutschlands mischten. Die separatistische Bewegung im Rheinland könne nur gelingen, wenn sie ausschließlich von Deutschen geleitet werde; die Unterstützung durch französische Behörden scheine sie unwiederbringlich kompromittiert zu haben.

Paris, 9. Juni. Der österreichische Friedensdelegierte und Professor Lanmash hat St. Germain verlassen, weil

ihn die Haltung der Entente gegenüber dem Völkerverbund enttäuscht hat.

Versailles, 8. Juni. Die Streiklage hat sich seit gestern abend nicht verändert. Sie ist nach wie vor kritisch, zumal da die Verhandlungen zwischen den Metallarbeitern und den Arbeitgebern gescheitert sind. — Wie der „Populaire“ meldet, erwägt die Regierung die Requirierung der Pariser Untergrundbahnen, falls der Konflikt bis gestern Abend nicht beigelegt wurde. „Populaire“ warnt die Regierung vor dieser Maßnahme, die einer Herausforderung gleichkomme. Die Regierung müsse jedenfalls die Folgen einer solchen bedauerlichen Haltung übernehmen.

Calais, 10. Juni. Ein von Dänischen kommender Zug mit deutschen Gefangenen wurde auf der Station Pierre von zwei englischen Lokomotiven von hinten angefahren. Zehn Wagen wurden völlig zertrümmert. Drei deutsche Gefangene, ein Soldat und ein englischer Sergeant wurden getötet. 25 Gefangene wurden schwer verletzt.

Unersättbare Forderungen deutscher Unteroffiziere.

Berlin, 9. Juni. Eine Abordnung der inaktiven Unteroffiziere ist beim Reichswehrminister um Bewilligung von Entschädigungsbeiträgen vorstellig geworden, die nach ihrer eigenen Schätzung eine Ausgabe von etwa 2 1/2 Milliarden erfordern würden. Es bedarf nicht der Sachkunde eines Finanzmannes, um zu erkennen, daß eine derartige Ausgabe bei dem schwerbelasteten Zustande der Reichsfinanzen schlechterdings unmöglich ist, und man kann es nicht bezweifeln, wie gerade im gegenwärtigen Augenblick, wo die über alles Maß hinausgehenden Entschädigungsforderungen unserer Feinde uns zu erwürgen drohen, ein so unüberlegtes Verlangen von deutschen Soldaten an die Reichsregierung gestellt werden konnte. Man erkennt hieran wieder einmal deutlich, daß in breiten Schichten unseres Volkes noch immer nicht volles Verständnis für die bitter ernste Lage des Vaterlandes vorhanden ist. Es wäre endlich an der Zeit, daß der Gedanke, das Reich müsse alle durch den Krieg geschaffenen Notstände und Schwierigkeiten beseitigen, aufgegeben wird. Einmal muß doch die Erkenntnis sich Bahn brechen, daß das materielle Wohl eines jeden Deutschen mit der Aufrechterhaltung der finanziellen Leistungsfähigkeit des verarmten Reichs unlösbar verknüpft ist.

Aus Versailles.

Versailles, 8. Juni. Graf Brockdorff-Rantzau ist heute mittag von Köln zurückgekehrt, wo er eine Besprechung mit dem Kardinal Erzbischof von Hartmann hatte.

Versailles, 9. Juni. Der Pariser „New York Herald“ meldet, daß Wilson Vorlesungen treffe, um gegebenenfalls über den 1. Juli hinaus in Frankreich bleiben zu können. Wenn Deutschland die Unterzeichnung des Vertrages verweigern sollte, werde Wilson unverzüglich nach Amerika zurückkehren und amerikanische Delegierte als Vertreter der Vereinigten Staaten zurücklassen.

Paris, 9. Juni. Neuter meldet, daß die Antwort der Alliierten auf die deutschen Gegenwortschläge vermutlich nicht vor dem 14. Juni fertiggestellt sein werde. Im Bierertrag gewinne, wie es scheint, die Anschauung allmählich an Boden, daß Deutschland eine genau angegebene Summe als Gesamtverbindlichkeit für den angerichteten Schaden auferlegt werden soll.

Amsterdam, 9. Juni. Dem „Pressbureau Radio“ zufolge meldet „New York World“: Obgleich man es nicht amtlich zugeben will, bleibt die Tatsache bestehen, daß eine wesentliche Abänderung des Friedensvertrags mit Deutschland vorgenommen wird. Verschiedene Punkte, auf die von den Deutschen Gewicht gelegt wird, werden eine Fassung erhalten, die man für einen geschlagenen Feind für annehmbar hält.

Das ist Ihr Feind erlaubt man ihn zu leben? Ein gutes Buch von Käthe Sturmfels, gleich möglich zu lesen. 40000 Bücher verkauft. Preis M. 2,70 portofrei gegen Voreinsendung oder unter Nachn. durch Rodmas-Berlin, Feuerbach 43 (Westl.)

1910, 25 Pfund Fleisch, 26 Stück Rauchfleisch, darunter 13 Schinken, 1 1/2 Zentner Erbsen, 30 Pfund Linsen, 70 Pfund Bohnen, 3 Zentner Weismehl, 2 Zentner Teigwaren, 80 Pfund Weismehl, 12 Pfund Butter, 2 1/2 Zentner Kernöl. Die Lebensmittel wurden dem zuständigen Kommunalverwalter zugewiesen; der Hotelinhaber sieht seiner Bestrafung entgegen.

Oberamt Neuenbürg.

Höchstpreise für Kalbfleisch und Rindfleisch.

1. Gemäß § 1 des Höchstpreisgesetzes sind mit Zustimmung der Fleischverorgungsstelle für den Verkauf von Kalbfleisch und Rindfleisch folgende Höchstpreise für das Pfund festgesetzt worden:

- 1. Kalbfleisch 2 Mk. 35 Pfg.
2. Rind- (Ochsen-, Kuh-)fleisch
a) für die Gemeinden Neuenbürg, Birkenfeld, Calmbach, Höfen und Wildbad 2 Mk. 40 Pfg.
b) für die übrigen Gemeinden 2 Mk. 35 Pfg.
II. Soweit sich bei der Abgabe kleinerer Mengen Bruchstücke ergeben, dürfen dieselben aufgerundet werden.
III. Die Ueberschreitung der vorstehenden Höchstpreise ist strafbar.
IV. Gegenwärtige Bekanntmachung ist in den Fleischverkaufsstellen in einer für die Käufer leicht sichtbaren Weise anzuschlagen. Die Ortspolizeibehörden haben die Einhaltung dieser Anordnung zu überwachen.
V. Die Höchstpreisfestsetzung tritt mit der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
Den 6. Juni 1919. Bullinger.

Bekanntmachung.

Beitritt: Bewilligung von Entlassungsanträgen an Kriegrentenempfänger. Nach der Verfügung des Kriegsministeriums Nr. 82881 K. D. 2 vom 20. 5. 19 erhalten sämtliche Kriegrenten-

empfangen mit 10 oder mehr Prozent Erwerbsbeschränkung einen Entlassungsantrag, sofern dieselben:

- 1. nach dem 1. Juli 1916 entlassen worden sind und
2. ihr Einkommen jährlich A 3000.— nicht übersteigt.
Es besteht Anspruch auf eine Uniform zu 1/10-Tragwert oder einen Zivilanzug.

Die (Stadt-)Schultheißenämter werden gebeten, Vorstehendes auch noch auf ortsübliche Weise bekannt zu machen mit dem Anfügen, daß sich die Anspruchsberechtigten bei ihrer Ortsbehörde zu melden haben.

Die (Stadt-)Schultheißenämter werden ersucht, die Bezugsberechtigten in eine Liste aufzunehmen und den gegenwärtigen Tages- bezw. Jahresverdienst darauf zu bescheinigen. Diese Listen wollen sodann unter Beifügung der Rentenbücher, Militärpässe und eines eventl. Steuerzettels spätestens bis zum 25. Juni 1919 dem Bezirkskommando übersandt werden.

Bezüglich der Ausgabe der Bekleidungsstücke wird nach diesseitiger Prüfung der Anträge weitere Bekanntmachung durch die Ortsbehörden erfolgen.
Calw, 6. Juni 1919. Bezirkskommando.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Beim Bezirkskommando Calw werden am Donnerstag, den 12. ds. Mts. Bekleidungsstücke an die Leute abgegeben, die bereits in Besitze eines schriftl. Ausweises vom Bezirkskommando sind. Die Leute, die nicht im Besitze eines solchen Ausweises sind, können nicht berücksichtigt werden. Es ist daher zwecklos, daß solche Leute zum Bezirkskommando kommen.
Stadtschultheißenamt: Knobel.

Gewerbebank Neuenbürg, G. m. u. H.
Agentur der Württemb. Notenbank, Reichsbank-Giro-Konto
Postcheckkonto Nr. 3927, Telefon 43.
Wir empfehlen unsere Dienste bestens für alle ins Bankfach einschlagenden Geschäfte, insbesondere
Eröffnung von lfd. Rechnungen mit und ohne Creditgewährung.
Gewährung von Darlehen auf bestimmte Zeit.
Eröffnung von Ueberweisungskontis (Giroverkehr) mit Zinsvergütung zur Förderung des bargeldlosen Verkehrs, hiezu stehen unsern Kunden Checkhefte zur Verfügung.
Diskontierung und Einzug von Wechseln und Checks. — Annahme von Anlehen und Spargeldern in beliebiger Höhe.
Jede gewünschte Auskunft wird an unserer Kasse gerne gewährt.

H. Maier, Heilkundiger, Pforzheim, Oeltische 51
behandelt nach eigenem Verfahren mit gutem Erfolg Kröpf, Brüche, Baristekte, Hämorrhoiden, Malaria, Bleichsuch, Weikflaß, Unterleibskleiden, Blut-Erkrankungen u. s. f.
Sprechstunden:
Montag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, vorm. 10—1 Uhr, nachmittags 4—6 Uhr.

